

## Unsere künftige Handelspolitik.

Von Professor Dr. Rudolf Stobatsch.

Wien, 26. Januar.

Alle diejenigen, welche seit zwei Jahren für ein deutsch-österreichisch-ungarisches oder mitteleuropäisches Wirtschaftsbündnis tätig sind, können mit hoher Genugtuung erfüllt sein, daß in dem Programm der neuen Regierung als eine der nächsten Aufgaben „die Inbahnung engerer wirtschaftlicher Beziehungen zum Deutschen Reich“ nachdrücklich hervorgehoben wird. Hervorragende Mitglieder der früheren und auch der jetzigen Regierung, wie Dr. Klein, Dr. v. Spiz Müller, Dr. Baernreither und Dr. Urban, waren im Verlaufe dieser zwei Jahre, während welcher an so verschiedenen, nach und nach an immer zahlreicheren Orten die Idee des mitteleuropäischen Wirtschaftsbündnisses erörtert wurde, Zeugen und zum Teil auch maßgebende Mitarbeiter an den darauf bezüglichen Studien und Veröffentlichungen. Doktor Klein und Dr. v. Spiz Müller gehören der Leitung des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereines für Desterreich an, Dr. v. Spiz Müller und Dr. Urban nahmen an den Beratungen teil, welche unter Führung des leider so früh verstorbenen Dr. Marchet schon 1914/15 dem Zentralproblem unserer künftigen Handelspolitik gewidmet waren. Auch an den vorbereitenden Arbeiten zur Gründung des österreichisch-deutschen Wirtschaftsverbandes nahmen Dr. Klein und Dr. Baernreither lebhaften Anteil.

Die große gewaltige Idee eines mitteleuropäischen Wirtschaftsbündnisses weist, trotzdem erst zwei Jahre seit der Aufwerfung des Problems verstrichen sind, schon eine überaus interessante und wechselvolle Geschichte auf. Ihre ersten Verkünder und Anhänger wurden ursprünglich als Nur-Voltäter, als Ideologen bespöttelt, ja man versuchte sogar, sie vereinspolitisch zu boykottieren und ihnen wenig vaterlandsfreundliche Gesinnung vorzuwerfen. Als aber die Anhänger des Gedankens sowohl in Desterreich als auch in Ungarn und im Deutschen Reich immer zahlreicher wurden, als immer mehr auch hervorragende, anerkannte Führer der Volkswirtschaft, erste Männer der industriellen, kaufmännischen und landwirtschaftlichen Praxis sich offen und ungeheut zum Wirtschaftsbündnis bekannten und sich dafür einsetzten, wurde die Taktik geändert: man verschante sich hinter Scheinargumenten und suchte die Verhandlungen hinauszuschieben. Die Erörterung der Frage während des Krieges sei verfrüht; man müsse den Ausgang des Krieges und die durch ihn bewirkten territorialen Veränderungen abwarten; unsere Verwaltungseinrichtungen und -maximen, unsere wirtschaftliche Gesetzgebung und die Besteuerung müßten vorerst reformiert werden, um unser Wirtschaftsleben mit dem des Deutschen Reiches auf einen gleichen Nenner zu bringen. Eine besondere Wirkung versprach man sich auch von jenen Einmänden, welche von dem Wirtschaftsbündnis eine Schmälerung unserer handelspolitischen oder gar staatlichen Unabhängigkeit befürchten ließen.

Die Erscheinungen und Tathachen des Krieges machten aber alle diese kleinmütigen und zaghaften, diese auf das Eigeninteresse engherzig Eingeschworenen schließlich doch verstummen. Der „wirtschaftliche Nebenkrieg“ — wie Dr. Klein es nannte — der weitreichende Plan unserer Gegner, den Krieg nach Friedensschluß mit wirtschaftlichen Waffen fortzusetzen, redete eine so deutliche Sprache, daß der wirtschaftliche Zusammenschluß der Zentralmächte und ihrer Verbündeten schon aus bloßer Abwehr- und Verteidigungsabsicht als nicht mehr zu bestreitend gelten mußte.

Wie die Wirtschaftsverbände in Deutschland und Desterreich, welchen sich nunmehr auch ein solcher in Ungarn anschließen wird, auf mehreren Tagungen, zuletzt insbesondere im Juni dieses Jahres in München, wo kein Geringerer als König Ludwig III. selbst sich offen für das Wirtschaftsbündnis aussprach, so haben auch die drei mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine, sich rechtzeitig an ihr Gründungsprogramm erinnernd, in östmaligen Verhandlungen und Konferenzen den Gedanken der wirtschaftlichen Annäherung geprüft, nach allen Seiten hin erörtert und sind auf ihrer letzten Konferenz in Budapest zu Ergebnissen gelangt, welche, maßvoll und wohlbedacht, den Verhandlungen der Regierungen eine geeignete Grundlage bieten können.

Sowohl die Rechtsvereinheitlichung als auch die Annäherung auf verkehrspolitischem Gebiet in bezug auf Eisenbahnen, Schifffahrt und Wasserstraßen, insbesondere aber auf dem engeren zoll- und handelspolitischen Gebiet fanden bei der Budapester Konferenz ausgezeichnete Referate, unter welchen die von österreichischer Seite stammenden Berichte (der Geheimen Räte Dr. Klein, Dr. Ruß und Dr. v. Wittel, des Hofrates v. Csatory, des Präsidenten Better) sehr wesentlich zum entschiedenen und erfolgreichen Abschluß der Konferenz, zur Annahme sachlich guter, für die weitere Arbeit wirkungsvoll geeigneter Beschlüsse beitrugen.

Fußend auf den früheren Beschlüssen der Wirtschaftsvereine, der erwähnten Wirtschaftsverbände sowie auf den einschlägigen Arbeiten des Vereines für Sozialpolitik, weiter auf zahlreichen Untersuchungen in Deutschland und Desterreich-Ungarn, gelangte man in Budapest zur vollen Anerkennung der zwei Grundzüge des Zoll- und Wirtschaftsbündnisses: der gemeinsamen Handelspolitik nach außen und der vorzugsweisen Behandlung im Innern. Ein Grundsatz ohne den anderen, namentlich die bloße Präferenz, gäbe noch kein Bündnis, wäre nur ein Torjo und würde die Handelspolitik der Zukunft nicht verbessern, sondern verschlechtern und unnötigerweise komplizieren. Nur wenn die beiden großen Reiche Mitteleuropas mit dem auch in Budapest abermals gewünschten Anschluß ihrer beiden Verbündeten im Südosten, vielleicht auch so mancher jetzt neutralen Staaten nach außen hin einheitlich und ge-

schlossen mit vorher wohlüberlegten zoll-, handels- und verkehrspolitischen Zielen und Absichten aufzutreten, werden sie ihre auch in Zukunft staatsnotwendiges politisches Bündnis wirtschaftlich fundamentieren und in ihrer Einheit jene wirtschaftspolitische Kraft entfalten, jene Anziehung auf die Verkäufer in der übrigen Welt ausüben, welche notwendig ist, um die mitteleuropäischen Staaten zu günstigen handelspolitischen Beziehungen mit den übrigen Ländern gelangen zu lassen, zu Beziehungen, welche sie vereinzelt nie und ummer erreichen könnten. Nur dann werden sie auch imstande sein, den wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen unserer jetzigen Gegner zu begegnen; denn, wie insbesondere Geheimrat Szterenyi in Budapest ausführte, sind diese Pläne durchaus nicht zu unterschätzen, auch soweit nicht die radikalen Absichten gänzlichen Boykotts der Mittelmächte in Betracht kommen, sondern die sich schon jetzt vollziehenden organisatorischen Pläne für die energische, viariierende Entwicklung der eigenen Produktion zum Zweck möglicher Unabhängigkeit von den Mittelmächten und die gegenseitige Bevorzugung im Handel, im Kapitalsverkehr, im gewerblichen Rechtsschutz usw. Von besonderem Werte ist es, daß an den einstimmig gefaßten Budapester Beschlüssen Vertreter der größten landwirtschaftlichen und industriellen Körperschaften der Mittelmächte mitwirkten, daß somit die Stellungnahme der vollwertigen Repräsentanten des Wirtschaftslebens geklärt, dadurch die Bahn für die aufzunehmenden Verhandlungen der Regierungen frei und diesen auch der gewünschte Rückhalt gegeben wurde.

Sene gegenteiligen Stimmen, die sich auch jetzt noch vereinzelt bemerkbar machen, werden angesichts dieser Ergebnisse kaum mehr auf Berücksichtigung zählen können. Die gänzliche Verkennung der eigentlichen Ziele und Tendenzen des Wirtschaftsbündnisses, zum Beispiel die Furcht einzelner Kreise der deutschen Landwirtschaft oder der Industrie in Desterreich und Ungarn vor zu geringem Zollschutz, kann auf Grund der in Budapest beschlossenen Leitätze leicht widerlegt werden. Auch die noch immer geäußerte Behauptung, das Wirtschaftsbündnis sei ein Akt des „Imperialismus“ und widerstreite den demokratischen und sozialen Ideen, ist nicht stichhaltig.

Es zeigt sich die merkwürdige Erscheinung, daß das mitteleuropäische Wirtschaftsbündnis von den Hochschutzzöllnern als freihändlerische Gefahr, von den Freihändlern als hochschutzzöllnerische Gefahr bekämpft wird. Weder die eine noch die andere Furcht ist begründet. An den geltenden Außenzöllen der Mittelmächte braucht, abgesehen von ganz vereinzelt Korrekturen, durchaus nichts geändert zu werden; bei diesen Korrekturen kann es sich sogar um eine Herabminderung von Zöllen handeln, da einzelne Zölle jetzt unzweifelhaft viel zu hoch erstellt sind. Im Verkehr der Mittelmächte untereinander soll die schon jetzt geltende stattliche Zahl von zollfreien Positionen erhalten und, soweit das volkswirtschaftliche Interesse es zuläßt, möglichst ausgebaut, andere Zölle wieder auf das volkswirtschaftlich zulässige Maß herabgesetzt werden. Innerhalb der Mittelmächte würden dann die durch die Außenzölle bedingten Inlandpreise gelten, und es ließe sich in manchen Fällen durch zwischenstaatliche syndikalähnliche Abmachungen, die sich auch auf den Absatz in dritte Staaten erstrecken könnten, einer etwaigen Konkurrenzierung innerhalb des Gebietes der Mittelmächte vorbeugen. Denjenigen, welche immer und immer wieder das Wirtschaftsbündnis als eine schutzzöllnerische und großkapitalistische Waffe des Imperialismus bezeichnen, sei nachdrücklich gesagt, daß es sich den Mittelmächten ebensowenig um territoriale, wie um wirtschaftliche Eroberungen handelt. Sie wollen ihr Wirtschafts- und Staatsleben nur auf die denkbar solideste Grundlage stellen, wollen, wie in politisch-militärischer, so auch in wirtschaftlicher Hinsicht vereint vorgehen, um dadurch unnötige Reibungswiderstände zu eliminieren, um ihre Wirtschaftspolitik in Zukunft nach einem Prinzip einzurichten, welches schon vor dem Kriege gelten sollte, aber nach dem Kriege mit ungleich stärkerer Notwendigkeit geboten ist: nach dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit. Auch die im einzelnen Kreise der deutschen Volkswirtschaft gehegte Furcht, das Wirtschaftsbündnis werde auf die Außenhandels-, Uebersee- und Schifffahrtsinteressen Deutschlands ungünstig zurückwirken, entbehrt jeder Grundlage, denn das Wirtschaftsbündnis behindert keinen einzigen deutschen Reeder oder Exportinteressenten, soweit es nach dem Kriege möglich sein wird — und diese Möglichkeit wird nicht immer und nicht uneingeschränkt gegeben sein — dorthin zu navigieren oder zu exportieren, wohin sein Interesse es gebietet.

In einer außerordentlich wichtigen Frage wären die bisherigen Arbeiten und Beschlüsse der Wirtschaftsverbände und der mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine allerdings zu ergänzen, in einer Frage, auf welche Geheimrat Leo Ranczy in der Sitzung der Budapester Handelskammer mit Recht hinwies: in der Frage der Verbesserung unserer Valuta. In dem Maße, in welchem die Mittelmächte ihre auswärtige Handelspolitik in Zusammenhang bringen, muß auch die Schaffung einer organischen und festen Verbindung zwischen der Mark und der Krone angestrebt werden. Die Anhänger des mitteleuropäischen Wirtschaftsbündnisses müssen sich auch mit der mitteleuropäischen Valutapolitik befassen, deren Endziel die vollkommene Verbesserung unseres Geldwertes, die vollständige Wiederherstellung seiner Integrität sein muß.

Auch innerpolitisch wird das Bündnis weder im Deutschen Reich, noch in Desterreich oder Ungarn ernstlichen Widerständen begegnen. In Ungarn gehören zu den Anhängern des Wirtschaftsbündnisses nicht bloß Männer der Regierungspartei wie Graf Rhuén-Hedervary, sondern auch solche der oppositionellen Parteien wie Graf Andrássy und Geheimrat Szterenyi. Das österreichische Kabinett enthält Mitglieder, welche überzeugte Anhänger des Wirtschaftsbündnisses sind, gerade solche Männer, hinter welchen große politische